

#FÜRSIEDA

IHRE INFORMATIVE ZEITUNG FÜR WILMERSDORF SÜD UND SCHMARGENDORF - AUSGABE JUNI/JULI 2026



**Liebe Mitbürgerinnen,
Liebe Mitbürger,**

Mein Name ist Heike Schmitt-Schmelz. Ich bin die Stadträtin für Weiterbildung, Schule, Sport und Kultur im Bezirk Charlottenburg Wilmersdorf. Ich freue mich Sie in der Ferienausgabe für die #FürSieDa begrüßen zu dürfen. Dies ist die regelmässig erscheinende Wahlkreiszeitung von dem Mitglied des Berliner Abgeordnetenhaus, Florian Dörstelmann. Der Wahlkreis umfaßt die Stadtteile Wilmersdorf Süd und Schmargendorf. In dieser Zeitung informiert Florian Dörstelmann regelmässig über politische Ereignisse in Berlin und im Bezirk Charlottenburg Wilmersdorf. Dieses Mal gibt es ein Interview mit der Sozialsenatorin Cansel Kizilepe rund um die Ausbildungssituation in Berlin. Auch ich schreibe etwas zur Kulturpolitik im Bezirk. Ein Novum in dieser Zeitung: Wir haben die Anzahl der Seiten um 4 erhöht um Ann-Katrin Biewener sich vorstellen zu lassen. Sie tritt zum ersten Mal für das Abgeordnetenhaus an und ich freue mich ganz besonders darauf, diese kompetente Frau als Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus arbeiten zu sehen. Ich habe sie in den letzten fünf Jahren als Bezirksverordnete in Der BVV in Charlottenburg Wilmersdorf erleben dürfen und habe gesehen, wie sehr sie sich für die Belange der Menschen dort eingesetzt hat. Sie wird ein großartige Unterstützung auf Berliner Ebene sein. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen der #FürSieDa und wir freuen uns auf Ihr Feedback, Kritik und Anregungen. Genießen sie Ihren wohlverdienten Urlaub und sprechen Sie uns ruhig jederzeit an.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Heike Schmitt-Schmelz



Der Abgeordnete für Wilmersdorf Süd und Schmargendorf, Florian Dörstelmann, und die AGH-Kandidatin für Wilmersdorf Südost, Dr. Ann-Kathrin Biewener, wollen eine erfolgreiche Politik für die Kieze im Bezirk gestalten.

Foto: Redaktion

Ein Charlottenburg-Wilmersdorf: Für alle Generationen

Warum unser Bezirk für Kinder, Jugendliche, Eltern und Großeltern gleichermaßen attraktiv bleiben muss - wie wir unsere Kieze familienfreundlich, lebenswert und zukunftsfest gestalten wollen!

Überall verändern sich die Kieze. Beginn vor dreißig Jahren der Aufbruch Richtung Mitte und Prenzlauer Berg, sehen wir heute, wie sich Charlottenburg-Wilmersdorf wieder zum begehrtesten Bezirk der Stadt entwickelt, vor allem für junge Familien. Das ist eine gute Nachricht für uns alle, denn dort, wo Kinder sind, ist nicht nur „was los“, sondern entsteht auch Neues. Und damit Familien sich in diesem schönen Bezirk wohlfühlen und man nicht nur an die Highlights Kurfürstendamm, Gedächtniskirche, Zoo und Schloss Charlottenburg denkt, wenn man über ihn spricht, hat es sich die SPD schon lange zur Aufgabe gemacht, alle zu unterstützen, die unsere Kieze jeden Tag ein Stück lebenswerter machen wollen. Jüngst eröffnete z. B. in der Sodener Straße unterhalb des Mosse-Stifts der große Abenteuerspielplatz nach umfassender Renovierung und mit einem tollen Areal voller Spielmöglichkeiten und Geräten wieder (hierzu auch Artikel S.8). Für den Spielplatz auf dem Rüdesheimer Platz laufen derzeit Anfragen an den Bezirk, wann dort die Pumpe installiert und dieser wieder zum Wasserspielplatz wird, als der er im Register ausgewiesen ist.

Familienfreundlichkeit brauchen wir auch Jugendliche und junge Erwachsene. Deshalb ist es wichtig, bestehende Angebote für diese Altersgruppen zu erhal-

ten und neue Möglichkeiten für Freizeit, Begegnung und persönliche Entwicklung zu schaffen. Neben einer bedarfsgerechten Ausstattung mit Spielplätzen sollen Jugendkultur- und Freizeiteinrichtungen gezielt gefördert und langfristig gesichert werden. Ein positives Beispiel in dieser Hinsicht ist das Haus der Jugend „Anne Frank“, welches im Juni sein 70-jähriges Bestehen gefeiert hat.

Aber es gibt noch viele andere Themen. Zur Familienfreundlichkeit eines Bezirks gehören nicht nur die Belange der Eltern und ihrer Kinder, sondern natürlich auch

oft die der Großeltern. Deshalb gilt es, eine Struktur zu fördern, in der Seniorinnen und Senioren auch im hohen Alter noch in ihren Kiezen und am besten auch in ihren Wohnungen bleiben können. Hier fällt vor allem den landeseigenen Wohnungsunternehmen eine entscheidende Aufgabe zu, nämlich vereinfacht auch den Tausch von Wohnungen zu ermöglichen, bei denen Seniorinnen und Senioren als langjährige Mieterinnen und Mieter beim Wohnungstausch die alte Quadratmetermiete in die neue Wohnung mitnehmen können, wenn sie die - meist größere - alte Wohnung mit einer jungen

Familie tauschen wollen.

Natürlich geht es nicht allein um die Wohnungsfrage, sondern auch um die Versorgung von Jung und Alt im Kiez. Da sind die Bedürfnisse breit gefächert. Junge Familien brauchen Plätze in Kindergärten und Schulen – und zwar solche, die sie schnell erreichen können. Für die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf galt und gilt dabei vor allem für Kindergartenkinder und Grundschülerinnen und -schüler immer ein Satz, den der frühere Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann einfach und prägnant so formulierte: „Kurze Beine – kurze Wege“!

Für die Großeltern wiederum ist ein wichtiger Aspekt die Barrierefreiheit – und die gewinnt Bedeutung schon auf den oft unebenen Gehwegen, bei der Stufe vor dem Geschäft, dem nicht abgesenkten Bordstein am Straßenübergang oder dem fehlenden Zebrastreifen zum U-Bahn-Aufzug auf der Mittelinsel.

Und alle zusammen brauchen saubere Parks und gepflegte Flächen für Sport, um gleich welchen Alters ihre Freizeit genießen zu können. Es gibt also noch eine Menge zu tun und die SPD vor Ort wird an diesen Themen auch in Zukunft dran bleiben. Versprochen!

Ach ja – genügend gute Eisdielen sind natürlich auch sehr wichtig ...!



Setzen sich gemeinsam für einen familienfreundlichen Bezirk ein: Heike Schmitt-Schmelz, Florian Dörstelmann und Ann-Kathrin Biewener. Foto:

Redaktion

THEMEN IN DIESER ZEITUNG

FÜR WILMERSDORF INS AGH

Florian Dörstelmann und Ann-Kathrin Biewener stellen sich vor

SEITE 2

EIN BERLIN FÜR KINDER, EIN ZUHAUSE FÜR FAMILIEN

Der Fünf-Punkte- Sozialplan von Steffen Krach

SEITE 3

ZUSAMMENHALT BRAUCHT STARKE ANGEBOTE

Gastbeitrag von Heike Schmitt-Schmelz

SEITE 4

AUSBILDUNG STÄRKEN, TEILHABE SICHERN

Interview mit Arbeitssenatorin Cansel Kizilepe

SEITE 5

SCHLANGENBADER TUNNEL

Renovierung verzögert sich

SEITE 8

Erfahrung für den Kiez

Florian Dörstelmann für Wilmersdorf Süd und Schmargendorf

Wer ich bin

Seit 2016 bin ich als Abgeordneter im Wahlkreis 7, Wilmersdorf Süd und Schmargendorf, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und dort Vorsitzender des Ausschuss‘ für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Mitglied im Rechtsausschuss, im Wirtschaftsausschuss und im Unterausschuss Beteiligungsmanagement/Controlling für die Berliner Landesbetriebe. Der Wahlkreis 7 ist seit jeher meine politische Heimat. Hier trat ich im Oktober 2000 in die SPD ein und hier habe ich seither Politik für die Bürgerinnen und Bürger gemacht. Der Fall der Mauer erfüllte mir einen Herzensraum, den ich seit meinem ersten Besuch hatte – ein Leben im wiedervereinten Berlin. Nach meinem Umzug aus meiner Geburts- und Studienstadt Freiburg legte ich 1995 das zweite juristische Staatsexamen ab und wurde Rechtsanwalt in Charlottenburg-Wilmersdorf. Meine Frau und ich gründeten unsere Familie mit drei Kindern, geboren zwischen 2000 und 2007 im Martin-Luther-Krankenhaus.

Ich bin überzeugter Berliner, unerschütterlicher Optimist, großer Sportfan und begeisterter Cineast. Kino und Film, das ist für mich eine eigene Form von Kunst.

Meine Motivation

Unsere Demokratie ist die Garantie für ein freies Leben. Nichts zeigt dies für mich so eindrücklich wie die bundesdeutsche Geschichte. Denn dieses Land, in dem wir heute in Freiheit leben dürfen, hat der Demokratie alles zu verdanken und dieses Bewusstsein motiviert mich, Politik – sozialdemokratische Politik – zu machen.

Mein Wahlkreis

Ich habe den Wahlkreis 7 immer den „schönsten Wahlkreis der

Stadt“ genannt. Vom „Roseneck“ entlang der Magistrale Hohenzollerndamm hin zum Fehbelliner Platz und hinunter über Blissestraße und Südwestkorso bis zum Breitenbachplatz beherbergt dieser Wahlkreis vielfältige Areale,



Florian Dörstelmann Foto: Anne Hufnagl

Kieze und Nachbarschaften. Die Einkaufsstraßen Berkaer Straße und Breite Straße, das ehemalige Reemtsma-Areal, die „Schlange“, der Volkspark Wilmersdorf und der Rüdesheimer Platz mit dem Weinbrunnen und seinem einzigartigen Gebäudeensemble prägen eine lebenswerte Umgebung, die vor allem auch bei Familien immer beliebter wird. Das alles macht den Wahlkreis für mich so besonders.

Meine Schwerpunkte

Als langjährigem Innen- und Rechtspolitiker ist es mir ein Kernanliegen, diese Stadt sicherer zu machen. Polizei und Feuerwehr müssen ebenso wie die Gerichte personell, materiell und von den

Rechtsgrundlagen so ausgestattet sein, dass sie ihren Auftrag erfolgreich erfüllen können. Verbrechensbekämpfung, Eindämmung der organisierten Kriminalität, der Wirtschaftskriminalität und von Extremismus haben oberste Priorität, daneben die Sicherheit im öffentlichen Raum und hier vor allem auch im ÖPNV.

Als Mitglied im Wirtschaftsausschuss setze ich mich dafür ein, zukunftsfähige Technologien, Gewerbe und Industrien nach Berlin zu holen, das Handwerk hier zu stärken und durch Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Berlin sichere und fair bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen.

Im Wahlkreis werde ich wie bisher alles daransetzen, den Senat endlich zur Vorlage eines tragfähigen Konzepts für die Neugestaltung von Breitenbachplatz und Tunnel „Schlangenbader Straße“ und für die Entlastung der Anwohnerinnen und Anwohner vom aktuellen Durchgangsverkehr zu bewegen. Dazu gehören auch sichere Schulwege

für die Kinder, mit Zebrastreifen und Bedarfsampeln für Fußgänger, ein Verkehrskonzept für die Wiesbadener Straße und für neue Radwege im Kiez. Darauf müssen die Menschen schon viel zu lange warten.

Ein anderes großes Thema sind die Wohnraum- und auch die Gewerbemieten. Ich werde mich auch in der neuen Wahlperiode dafür einsetzen, dass der Bund den Ländern eine Öffnungsklausel zugesteht, mit der die Länder selbst einen Mietendeckel für Wohnraum einführen können. Für die Gewerbemieten brauchen wir ebenfalls eine Möglichkeit, die oft sprunghaften Steigerungen deutlich zu dämpfen.

Vandalismus

Bürgerbüro Florian Dörstelmann beschmiert

Ende Mai haben bislang unbekannte Täter das Bürgerbüro von Florian Dörstelmann am Rüdesheimer Platz beschmiert. Der Vorfall wurde unmittelbar nach seiner Entdeckung dokumentiert und den zuständigen Behörden gemeldet. Die Ermittlungen zur Aufklärung der Tat laufen. Der Angriff auf das Bürgerbüro stößt auf deutliche Kritik. Sachbeschädigungen und politisch motivierte Angriffe auf demokratische Einrichtungen sind nicht nur ein Verstoß gegen geltendes Recht, sondern auch ein Angriff auf den offenen politischen Diskurs. Sie richten sich gegen die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft, die von Meinungsvielfalt, Respekt und dem friedlichen Austausch unterschiedlicher Positionen lebt. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher und politischer Debatten ist es von besonderer Bedeutung, Konflikte mit Argumenten und nicht mit Einschüchterungsversuchen auszutragen. Demokratische Auseinandersetzungen müssen auf der Grundlage gegenseitigen Respekts stattfinden. Gewalt, Vanda-

lismus und Sachbeschädigungen dürfen dabei keinen Platz haben und dürfen keinesfalls zur Normalität werden.

Florian Dörstelmann zeigt sich von dem Vorfall unbeeindruckt und bekräftigt seine Entschlossenheit, seinen politischen Einsatz fortzusetzen. „Ich lasse mich von solchen Taten nicht einschüchtern und werde mich auch weiterhin mit ganzer Kraft für einen starken, demokratischen Rechtsstaat, für die Freiheit der Meinungsäußerung und für den respektvollen politischen Wettbewerb einsetzen“, erklärt Dörstelmann.

Der Vorfall macht deutlich, wie wichtig der Schutz demokratischer Institutionen und der respektvolle Umgang miteinander sind. Unabhängig von politischen Überzeugungen gilt: Die Auseinandersetzung um die besten Ideen muss mit demokratischen Mitteln geführt werden. Angriffe auf politische Einrichtungen oder deren Vertreter tragen nicht zur Lösung von Konflikten bei, sondern gefährden das gesellschaftliche Miteinander und das Vertrauen in die demokratische Kultur.



Das Bürgerbüro von Florian Dörstelmann wurde beschmiert. Er lässt sich davon aber nicht einschüchtern. Foto: Redaktion

Nah dran. Verlässlich. Engagiert.

Dr. Ann-Kathrin Biewener – Kiezkümmern für den Wahlkreis 6 und starke Stimme für Wilmersdorf.

Wer ich bin

Ich bin Dr. Ann-Kathrin Biewener, 36 Jahre alt, Bezirksverordnete, Leiterin der Wirtschaftsförderung im Nachbarbezirk und Mutter von zwei Töchtern. Aufgewachsen bin ich in Sachsen. Dort habe ich früh gelernt, wie wichtig es ist, Haltung zu zeigen und sich einzumischen, wenn etwas nicht richtig läuft. Nicht zuschauen, sondern handeln – dieser Gedanke begleitet mich bis heute.

Politik ist für mich nichts Abstraktes. Sie beginnt im Alltag: auf dem Spielplatz, im Gespräch mit Nachbarinnen und Nachbarn, auf dem Weg zur Arbeit oder beim Einkauf auf der Berliner Straße. Deshalb kandidiere ich am 20. September für das Berliner Abgeordnetenhaus.

Meine Motivation

Viele Menschen haben das Gefühl, dass Politik nicht mehr zuhört oder Probleme zu lange liegen bleiben. Das höre ich immer wieder an den Haustüren und bei Gesprächen im Kiez. Gleichzeitig erlebe ich jeden Tag, wie groß die Bereitschaft der Menschen ist, sich einzubringen und Verantwortung für ihr Umfeld zu übernehmen.

Mich motiviert die Überzeugung, dass Politik konkret etwas verbessern kann. Ich möchte, dass Menschen wieder Vertrauen darin gewinnen, dass Politik Probleme lösen und das Leben vor Ort besser machen kann. Dafür braucht es keine großen Versprechen, sondern Verlässlichkeit, Ehrlichkeit und die Bereitschaft zuzuhören.

Mein Wahlkreis

Wilmersdorf ist mein Zuhause. Hier lebe ich mit meiner Familie, hier bin ich politisch aktiv und hier erlebe ich jeden Tag, was die Menschen bewegt. Unser Kiez verbindet vieles, was Berlin lebenswert macht: grüne Parks, lebendige Geschäftsstraßen, kulturelle Orte und engagierte Nachbarschaften.

Gleichzeitig stehen wir vor Herausforderungen. Steigende Mieten, Sorgen um Sicherheit und Sauberkeit, die Zukunft unserer Geschäftsstraßen oder die Frage, wie Familien, Seniorinnen und Senioren sowie junge Menschen auch künftig gut hier leben können. Für mich ist Wilmersdorf ein Kiez, der



Dr. Ann-Kathrin Biewener Foto: Anne Hufnagl

sein Gesicht bewahren und gleichzeitig fit für die Zukunft werden muss.

Als Bezirksverordnete setze ich mich seit fast zehn Jahren

für konkrete Verbesserungen vor Ort ein. Dazu gehören die Entwicklung des Hauses der Nachbarschaft zum Stadtteilzentrum, die Wiedereröffnung des Schoeler-Schlösschens als kultureller Treffpunkt, Verbesserungen bei sicheren Schulwegen sowie die Stärkung familienfreundlicher Angebote wie dem Familienbüro. Politik bedeutet für mich nicht nur Ankündigungen zu machen, sondern Dinge tatsächlich umzusetzen.

Meine Schwerpunkte

Für die Zukunft unseres Kiezes sehe ich klare Aufgaben. Wir müssen unsere Geschäftsstraßen wie die Berliner Straße, die Gintzelstraße oder den Ludwigkirchplatz stärken und aufwerten, damit lokale Geschäfte, Cafés und kleine Betriebe eine echte Perspektive haben. Denn nur mit einer starken und verantwortungsvollen Wirtschaft gibt es gute Arbeitsplätze, faire Löhne, soziale Sicherheit und einen handlungsfähigen Staat. Wirtschaftliche Entwick-

lung und soziale Gerechtigkeit gehören für mich zusammen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Lebensqualität im Kiez. Der Volkspark Wilmersdorf ist für viele Menschen ein wichtiger Ort im Alltag – für Familien, Jugendliche und ältere Menschen gleichermaßen. Wir brauchen saubere und sichere Parks, Straßen und Spielplätze. Dazu gehören eine konsequente Reinigung, eine funktionierende Infrastruktur und attraktive öffentliche Räume.

Gleichzeitig dürfen wir soziale Probleme nicht ignorieren. Menschen mit Suchterkrankungen oder ohne Wohnung brauchen Unterstützung, Hilfe und Perspektiven. Verelendung auf der Straße darf kein Dauerzustand sein. Sozialdemokratische Politik bedeutet für mich deshalb beides: soziale Hilfe für diejenigen, die sie brauchen, und öffentliche Räume, in denen sich alle Menschen sicher und wohlfühlen können.

Ich möchte mich weiter dafür einsetzen, dass Wilmersdorf lebendig, solidarisch und lebenswert bleibt – mit einer Politik, die zuhört, Verantwortung übernimmt und konkrete Lösungen schafft.

Ein Berlin für Kinder, ein Zuhause für Familien

Gastbeitrag von Spitzenkandidat Steffen Krach: Fünf konkrete Vorschläge für ein familien- und kinderfreundliches Berlin

Alle Kinder in unserer Stadt Berlin müssen gut aufwachsen können und gleiche Chancen haben. Dafür arbeite ich und will, dass Berlin die Bedarfe von Familien, vom Neugeborenen bis zu den Großeltern, besonders im Blick hat.

In unserer Stadt gibt es verschiedene Lebensentwürfe und verschiedene Familienkonzepte, ob Alleinerziehende, Patchworkfamilien, Mann und Frau, queere Familien, kleine oder große. Sie alle sollen sich hier wohl fühlen. Die Förderung und der Schutz von Kindern sind mir ein Herzensanliegen. Und ich weiß als Vater von drei Kindern genau, wo wir noch besser werden müssen. Fünf konkrete Beispiele, wie ich das angehen will:

Erstens: Die Bildung bleibt kostenfrei. Die SPD steht an der Seite der Familien: Wir lassen es nicht zu, dass Kitagebühren eingeführt werden. Wir werden das kostenlose Schülerticket verteidigen. Das kostenfreie Essen für unsere Kinder in der Schule bleibt – das ist kein Luxus, sondern eine klare Haltung. Kein Kind darf hungrig sein oder sich vor anderen schämen, weil es sich das Essen nicht leisten kann. Wir werden auch nicht zulassen, dass an der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern gespart wird, weil die Geburtenentwicklung aktuell zurückgeht. Wir können doch gar nicht genug gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer haben. Und wir wollen jungen Menschen den Zugang zur vielfältigen Kulturlandschaft in Berlin erleichtern. Wer zwischen 18 und 23 Jahren ist, soll eine „Jugendkulturkarte“ mit 50-Euro-Kulturguthaben pro Jahr erhalten.

Zweitens: Ich halte die von der CDU vorangetriebene Rückkehr zu Tempo 50 in der Nähe von Schulen und Kitas für völlig falsch. Niemals darf Schnelligkeit wichtiger sein als die Sicherheit unserer Kinder. Ich werde dafür sorgen, dass sich unsere Kinder

in und vor den Schulen und Kitas sicher fühlen. Paris macht es vor: Schulstraßen werden verkehrsberuhigt, für den Durchgangsverkehr gesperrt, zu Fußgängerzonen oder kleinen Parks umgewandelt. Wenn man will, geht vieles. Das Wohl der Kinder geht vor und das ist meine Leitlinie für Berlin.

Drittens: Unsere Spielplätze müssen sauberer und sicherer sein. Mehr als 1.800 Spielplätze gibt es in ganz Berlin, zuständig für Reinigung und Erhalt sind die Bezirke. Wir wollen, dass die besonders belasteten und stark frequentierten von der BSR gereinigt werden. 135 sind bereits in der Zuständigkeit der Frauen und Männer in Orange und diese Zahl soll weiter steigen. So entlasten wir die Bezirke und sorgen dafür, dass sie sich besser um den baulichen Erhalt und die Sanierung von Spielplätzen kümmern können. Ja, auch dafür müssen wir mehr Geld in die Hand nehmen und da, wo unsere Stadt wächst, und Spielplätze fehlen, müssen wir neue errichten. Und eines ist mir besonders wichtig: Lokale Initiativen, die sich um Spielplätze kümmern, werden künftig unterstützt. Es tut Berlin gut, wenn wir uns zusammen für unsere Stadt einsetzen.

Viertens: In Berlin lernen die Kinder heute schon länger gemeinsam als in vielen anderen Bundesländern, bei uns ist die Ganztagesbetreuung besser ausgebaut als anderswo, die Bildung ist gebührenfrei. Wir haben viel geschafft, aber wir müssen dranbleiben. Eine große Herausforderung ist die Sprachförderung und für mich ist klar: Sprache ist ein Generalschlüssel für eine gute Entwicklung unserer Kinder. Nur wer mitreden kann, kann auch an der Demokratie teilhaben. Durch verpflichtende Sprachstandfeststellungen für alle, können wir Kinder mit Förderbedarf vor der Einschulung gezielt mit Sprachkursen unterstützen. Kitas mit besonderen Bedarfen erhalten ein zusätzliches Sprachförderange-



Steffen Krach setzt sich für saubere, sichere und gut gepflegte Spielplätze ein. Foto: SPD Berlin; Florian Büttner

bot.

Fünftens: Wir müssen Kindern schon früh beibringen, wie wir miteinander umgehen, wie wir in diesem Land zusammenleben wollen und was uns als Demokratie ausmacht. Deswegen muss aus meiner Sicht Demokratie- und Empathie-Bildung im Schulunterricht fest verankert werden. Damit sich die Kinder auf das Lernen und aufeinander fokussieren können, sage ich auch ganz klar und deutlich: Handyverbot in der Grundschule, während des Unterrichts und auf dem Pausenhof. Die Psyche unserer Kleinsten braucht Raum zum Wachsen. Zu ihrem Schutz will ich diese Handy-Regelung in Grundschulen für ganz Berlin. Damit unsere Kinder zumindest für ein paar Stunden am Tag bildschirmfrei miteinander lernen, sich austauschen und spielen. Doch mentale Gesundheit ist auch für junge Menschen immer häufiger ein Thema, deswegen bauen wir niedrigschwellige An-

laufstellen für Jugendliche in seelischen Krisen aus.

Und über allem steht: Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum in dieser Stadt. Dafür haben wir ein starkes Programm aufgelegt: Wir bauen 100.000 neue Wohnungen, wir setzen Recht und Ordnung gegen Mietenabzocke durch, und wir deckeln die Mietenentwicklung.

Mit dem bundesweit ersten Miet- und Wohnungskataster geht Berlin voran. Wir sorgen damit für Transparenz, die uns eine systematische Kontrolle von Mietverträgen und Leerstand ermöglicht. Aus leeren Büros machen wir Wohnungen – davon sollen Jugendliche und junge Erwachsene profitieren, die in Berlin in die Ausbildung oder ins Studium starten. Bei der Bundesregierung drängen wir auf eine Öffnungsklausel, die den Ländern das Recht für die Einführung eines Mietendeckels erlaubt. Viele sind schon auf unserer Seite, weil das die Bundes-

regierung keinen Cent kostet, aber eine Entlastung für 44 Millionen von Mieterinnen und Mietern in Deutschland bedeutet. Es muss sich nur noch die CDU bewegen, ganz vorne dabei ihr Abgeordneter im Bundestag und Oberblockierer Jan-Marco Luczak.

Denn: Wer in Berlin eine Familie gründet, soll auch bezahlbaren Wohnraum vorfinden. Das ist unser Anspruch für alle Menschen, die in Berlin leben. Aber wir wissen natürlich, dass gerade Familien oft vor große Herausforderungen gestellt werden, wenn sie wachsen, werden die vier Wände zu eng. Familienfreundlichste Metropole Europas – das ist mein Ziel für Berlin und das bedeutet, dass wir nicht nur im Wahlprogramm, sondern im gelebten politischen Alltag die Bedarfe von Familien und Kindern ganz besonders im Blick haben. Und was für sie gut ist, ist es für die Singles allemal.

Wir alle sind Berlin, eine große Familie.



„Was gut für Familien ist, ist gut für Berlin“ – Spitzenkandidat Steffen Krach im direkten Austausch. Foto: SPD Berlin

**WIEDER
BERLIN** MIT STEFFEN
KRACH

IMPRESSUM

#FÜRSIEDA
IHRE INFORMATIVE ZEITUNG FÜR
WILMERSDORF-SÜD UND SCHMAR-
GENDORF

Herausgeber: SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, c/o
Florian Dörstelmann, Otto-Suhr-Allee 100, 10585
Berlin

Druck: Megadruck, Am Haferkamp 4, 26655
Westerstede

Verantwortliche i.S.d.P.: Florian Dörstelmann,
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Redaktion #FÜRSIEDA: Florian Dörstelmann,
Ann-Kathrin Biewener, Jürgen Jänen, Finn Jungen-
krüger, Bent Paulsen, Maurice Thallgsmann, Vincent
Rautmann, Heike Schmitt-Schmelz

Grafische Gestaltung und Layout:
Hannes Kreschel, Finn Jungenkrüger, René Diester-
höft, Jürgen Jänen

Zusammenhalt braucht starke Angebote

Gastbeitrag von Stadträtin Heike Schmitt-Schmelz: Soziale Infrastruktur schafft Teilhabe, Chancen und Gemeinschaft.

Was haben eine Kita, eine Bibliothek, ein Seniorenclub und eine Kunstausstellung gemeinsam? Auf den ersten Blick wenig. Tatsächlich bilden sie gemeinsam das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie sorgen dafür, dass Familien Unterstützung finden, Kinder gute Bildung erhalten, ältere Menschen nicht allein bleiben und Kultur für alle zugänglich ist. Kurz gesagt: Sie schaffen Lebensqualität und Zusammenhalt.

Als Stadträtin erlebe ich täglich, wie wichtig diese Angebote für das Zusammenleben in unserem Bezirk sind. Sie entscheiden mit darüber, ob sich Menschen in ihrem Kiez zuhause fühlen und gesellschaftliche Teilhabe gelingt. Deshalb gehört der Ausbau unserer sozialen Infrastruktur zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben in Charlottenburg-Wilmersdorf.

Unser Bezirk verfügt über ein starkes Netz öffentlicher Einrichtungen – von Kitas und Schulen über Bibliotheken und die Volkshochschule bis hin zu Kulturorten und Senioreneinrichtungen. Diese Infrastruktur entsteht nicht von selbst. Sie muss gepflegt, modernisiert und an neue Anforderungen angepasst werden.

In den vergangenen Jahren haben wir als SPD die Bildungs- und Betreuungsangebote konsequent verbessert. Familien brauchen verlässliche Kita-Plätze und gute Schulen. Deshalb wurden Schulstandorte modernisiert und zusätzliche Kapazitäten geschaffen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür

ein, dass Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer Herkunft die bestmöglichen Chancen erhalten.

Bildung endet jedoch nicht mit dem Schulabschluss. Die Volkshochschule City West zeigt, wie lebenslanges Lernen gelingen kann. Mit Sprachkursen, Gesundheitsangeboten, politischer Bildung, digitalen Kompetenzen und kreativen Kursen eröffnet sie Menschen jeden Alters neue Perspektiven und stärkt die gesellschaftliche Teilhabe.

Besonders am Herzen liegen mir unsere Bibliotheken. Sie sind längst mehr, als Orte der Buchausleihe. Kostenfreie Arbeits- und Lernplätze, Veranstaltungen für Familien, digitale Medien und kulturelle Angebote machen sie zu offenen Begegnungsorten für alle Generationen. Sie fördern Bildung, Austausch und Chancengerechtigkeit.

Ein besonderes Aushängeschild unseres Bezirks ist die Musikschule City West. Mehr als 5.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene lernen hier ein Instrument, singen in Chören oder musizieren gemeinsam. Musik fördert Kreativität, Selbstvertrauen und Gemeinschaftssinn. Die Musikschule ist deshalb weit mehr als ein Ort des Unterrichts – sie ist ein Ort kultureller Teilhabe und persönlicher Entwicklung.

Genauso wichtig ist unsere kulturelle Infrastruktur. Mit dem Schoeler Schlösschen und der Kommunalen Galerie Berlin ver-



Stadträtin Heike Schmitt-Schmelz. Foto: Vincent Rautmann

fügen wir über Orte, die Kultur, Begegnung und gesellschaftlichen Austausch ermöglichen. Kultur ist kein Luxus. Sie stärkt den Zusammenhalt und macht unseren Bezirk lebenswerter.

Auch Nachbarschaftshäuser, Stadtteilzentren, Seniorenclubs und viele ehrenamtliche Initiativen leisten unverzichtbare Arbeit. Sie fördern das Miteinander, unterstützen Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen und wirken Einsamkeit entgegen.

Für die kommenden Jahre bleibt viel zu tun. Wir müssen Bildungs- und Betreuungsangebote weiter ausbauen, öffentliche Einrichtungen modernisieren und barrierefrei gestalten sowie Kultur- und Nachbarschaftsorte langfristig sichern.

Unser Ziel bleibt eine soziale Infrastruktur, die allen Menschen offensteht – unabhängig von Alter, Einkommen oder Herkunft. Denn gute Kitas, starke Schulen, moderne Bibliotheken, Kultur- und

Bildungsangebote sowie lebendige Nachbarschaftsorte schaffen Chancen, ermöglichen Teilhabe und stärken den Zusammenhalt in unserem Bezirk.

Daran arbeite ich heute als Stadträtin mit Überzeugung – und dafür möchte ich mich auch künftig als Bezirksbürgermeisterin einsetzen. Denn eine starke soziale Infrastruktur bleibt der zentrale Anspruch sozialdemokratischer Kommunalpolitik in Charlottenburg-Wilmersdorf.

WUTBÜRGER.EXE

Ein Report aus der Rage-Republik

Der Autor dieses Erstlingswerk ist Hannes Kreschel ein 23 jähriger Jurastudent aus Sachsen Anhalt. Seit Jahren beschäftigt er sich mit Politik und wie man Menschen für unseren Staat begeistern kann. So hat er sich in seiner Studienzeit massiv neben dem Studium in der Studierendenverwaltung engagiert, hat für ein Kommunalparlament kandidiert und versucht nun zu einem Verständnis zu kommen, wieso Menschen sich mit vollen Haß gegen diesen Staat wenden und so voll Haß und Wut auch gegen Andersdenkende vorgehen.

Als Politik Influencer geht er dort hin, wo sich die Menschen mit Verschwörungstheorien gegenseitig aufhetzen, er besucht AFD Versammlungen und Demonstrationen, wo er versucht die Menschen zu verstehen, die gegen Demokratie, Homosexualität und Migration hetzen. Sein Unterschied zu vielen anderen, die dies versuchen, er hält Anstand, Würde, Respekt und Menschenwürde auch denen gegenüber Aufrecht, die bösartig über alle anderen hetzen, lästern und menschenverachtend wie die AFD agieren.

Seine Erkenntnisse hält er auf Videos fest und veröffentlicht diese unter anderem in seinem sogenannten „Kreschfield Report“ auf seinem YouTube Kanal und kleinere Schnipsel verbreitet er auf verschiedenen social Media Kanälen wie you Tube, tiktok, Instagram oder Facebook.

In seinem Buch „WUTBÜRGER.EXE“ hat er an seinem persönlichen Werdegang und den Geschichten die er bei Demobesuchen, Querdenker Veranstaltungen oder AFD Parteitagen erlebt hat, niedergeschrieben. Dabei hat er seinen Humor nicht verloren, obwohl das Thema doch sehr negativ wirken kann. Auf dem Buchrücken wirbt der Verlag mit folgender Empfehlung: „Ein Buch über Entfremdung und Angst, über Sehnsucht nach Halt und über die Frage, ob wir den Dialog noch retten können, bevor er endgültig verloren geht“. Das Buch treibt zur Selbstreflexion an und trotz der Ernsthaftigkeit des Themas verliert es nicht den Humor. Es soll Auftrieb geben sich selbst zu engagieren. Es ist im trabantenverlag.de erschienen, ISBN 978-3-98697-167-0 und kostet 16,00€



Foto: Jürgen Jänen

Kriminalitätsstatistik 2025

Analysiert von Christian Hochgrebe, Staatssekretär für Inneres

Wie jedes Jahr wurde die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für Berlin 2025 veröffentlicht. Aber was können für Ergebnisse aus der PKS gewonnen werden? Wo liegen aber auch ihre Grenzen? Am Beispiel von Messerangriffen veranschaulicht man das am Besten. Ein Thema, welchem sowohl die Innensenatorin Iris Spranger als auch Innenstaatssekretär Christian Hochgrebe hohe Priorität beimessen.

Seit Jahren werden steigende Zahlen von Bedrohungen und Angriffen mit dem „Tatmittel Messer“ verzeichnet. 2025 waren es in Berlin 3.599 Fälle. Das waren 5,5 Prozent mehr als 2024. Gleichwohl lohnt es sich etwas näher hinzusehen! Denn ein Grund für die gestiegenen Fallzahlen dürfte darin begründet sein, dass erst seit 2025 die Erfassung des Tatmittels bei Anzeigeanahme durch die Polizei, also etwa eines Messers, verpflichtend ist. Auch entfallen 50 Prozent der Fälle auf Bedrohungen mit einem Messer; das ist nicht hinnehmbar, gleichwohl hier glücklicherweise niemand physisch zu Schaden kam. Ebenso ist festzustellen, dass die Anzahl der Menschen, die durch einen Messerangriff verletzt wurden im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist; 175 Personen weniger kamen körperlich zu Schaden.

All dies zeigt, dass die Berliner Strategie gegen Messergewalt Wirkung entfaltet. Denn auch die vor über einem Jahr eingerichteten Waffen- und Messerverbotzonen zeigten erste positive Effekte. In den drei Verbotzonen am Görlitzer Park, Kottbusser Tor und Leopoldplatz sind die Straftaten mit Messern und Waffen zwischen 25 Prozent und 45 Prozent zurück-

gegangen. Und auch die Anzahl der beschlagnahmten Messer und Waffen hat seit der Einführung der Verbotzonen abgenommen.



Innenstaatssekretär Hochgrebe

Foto: Senat für Inneres und Sport

Wir sehen also, dass die Verbotzonen auch eine präventive Wirkung entfalten, indem Menschen ihren Umgang anpassen und von vorn herein impulsive Tatgelegenheiten nicht entstehen.

All das sind beachtliche Erfolge mit Blick auf diese Örtlichkeiten! Besonders hervorzuheben ist es, dass die vielfach beschworenen Verdrängungseffekte dank des umsichtigen Agierens der Polizei Berlin nicht eingetreten sind. Ein weiteres Instrument der Gesamtstrategie, das seit einigen Monaten von der Polizei ergriffen wurde, ist der Entzug des Führerscheins von rechtskräftig verurteilten Messerstraftätern. Die Logik dahinter ist einfach: Wer unverantwortlich mit dem Leben anderer Menschen umgeht, der verfügt nach der Überzeugung

von Innenstaatssekretär Hochgrebe auch nicht über die nötige Zuverlässigkeit, ein Fahrzeug im Straßenverkehr führen zu dürfen. Hierbei kann die Polizei auch die Verpflichtung auferlegen, sich einem medizinisch-psychologischen Gutachten zu unterziehen. „Mit dieser Sanktion, die auch wirklich weh tut, beabsichtigen wir eine präventive Wirkung bei den Tätern – denn es sind überwiegend Männer – zu erzielen“, so Hochgrebe.

Aber auch die seit Ende 2025 verfolgten individuellen Messertrageverbote sind ein wichtiger Baustein in, der im Rahmen der Gesamtstrategie des Senats für mehr Sicherheit sorgen soll. Diese Maßnahme richtet sich ebenfalls gegen einschlägig bekannte Täter, die durch eine solche Anordnung zusätzlich abgeschreckt werden sollen.

„Es ist wichtig zu betonen, dass das intensive Einschreiten und auch die erhöhte Präsenz der Polizei von den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Gästen in unserer Stadt als ein Mehr an Sicherheit wahrgenommen wird“, so der Innenstaatssekretär Christian Hochgrebe weiter. Jeder Mensch, egal ob arm oder reich, ob alt oder jung, ob stark oder schwach soll sich im öffentlichen Raum in Berlin sicher fühlen. Zum Abschluss betont Hochgrebe: „Das ist auch ein ursozialdemokratisches Anliegen; nicht nur soziale Teilhabe und Absicherung gegen die Wechselfälle des Lebens, sondern auch Sicherheit und körperliche Unversehrtheit dürfen nicht teilbar sein. Sie gehören allen Berlinerinnen und Berlinern gleichermaßen; jede und jeder hat einen Anspruch darauf.“

Ausbildung stärken, Teilhabe sichern

Arbeitssenatorin Cansel Kiziltepe über die Ausbildungsumlage, das Azubiwerk und den sozialen Zusammenhalt in Berlin

Das Thema Ausbildung war in der aktuellen Legislatur oft Thema. Wie steht es um die duale Ausbildung in Berlin?

Cansel Kiziltepe: Die betriebliche Ausbildung ist ein Erfolgsmodell. Aber in Berlin bilden zu wenige Betriebe aus. Außerdem haben Azubis Probleme ein eigenständiges Leben in Berlin zu finanzieren. Deshalb haben wir uns mit dem Bündnis für Ausbildung, der Ausbildungsplatzumlage und der Gründung eines Azubiwerks viel vorgenommen – und auch viel erreicht!

Vor allem die Ausbildungsumlage war immer wieder in den Medien vertreten. Jetzt ist diese beschlossen; welche Wirkung erwarten Sie?

Einerseits setzen wir einen Anreiz für Betriebe, in die Ausbildung zu investieren. Andererseits unterstützen wir eben jene Betriebe, eine gute Ausbildung auch stemmen zu können. Erst müssen wir nun aber unser Modell auf ein sicheres Fundament stellen – daran arbeitet meine Arbeitsverwaltung gerade.

In Wilmersdorf und Schmargendorf gibt es viele kleine Unternehmen (z.B. Handwerksbetriebe). Wie wird die Ausbildungsumlage diese Betriebe bei der Ausbildung unterstützen?

Das Gesetz ist nur anwendbar bei Betrieben ab 10 Beschäftigten. Handwerksbetriebe sind oft Ausbildungsbetriebe – daher können diese Betriebe damit rechnen, entsprechend unterstützt zu werden. Und Betriebe, die gerade keine Azubis anstellen, überlegen es sich hoffentlich nochmal!

Sie wollen ein Azubiwerk gründen. Was sind die Vorteile für die



Arbeits- und Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe. Foto: Redaktion

Auszubildenden einer solcher Einrichtung?

Erstmal finde ich ungerecht, dass es seit Jahrzehnten ein Studierendenwerk, aber kein Azubiwerk gibt. In München oder Hamburg gibt es das. Deshalb gründen wir eines und stellen bezahlbaren Wohnraum für Azubis sowie auch Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Verfügung. Am 6. Juli ziehen die ersten Azubis in unser Azubiwohnheim in Lichtenberg ein!

Welche Themen möchten Sie in der restlichen Legislaturperiode noch anstoßen?

Am wichtigsten sind mir tatsäch-

lich unser Azubiwerk, außerdem die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes in Berlin, mit dem wir die Unterstützungsstrukturen für gewaltbetroffene Frauen in Berlin richtig stark ausbauen.

Wilmersdorf und Schmargendorf sind in der Altersstruktur vor allem durch die Altersgruppe ab 65 geprägt. Was tut Berlin für die soziale Teilhabe von unseren älteren Mitbürger:innen?

Gerade berät das Abgeordnetenhaus das Seniorenmitwirkungsgesetz, welches die politische Teilhabe von Seniorinnen und Senioren regelt.

Besonderer Schwerpunkt für mich in diesem Bereich hat die Stadtteilarbeit: Meine Verwaltung finanziert fast 100 Stadtteilzentren und Nachbarschaftstreffs im ganzen Stadtgebiet. Das sind Orte der Teilhabe, des Engagements, der nachbarschaftlichen Unterstützung. Gerade für Menschen, die allein leben, sind diese Orte sehr wertvoll. Engagement ist das beste Rezept gegen Einsamkeit. Ich empfehle unbedingt einen Besuch eines Stadtteilzentrums!

Auch Migration und Integration sind Themen im Kiez. Wie schaffen wir es, den Zusammenhalt und den interkulturellen Austausch zu stärken?

Zusammenhalt entsteht durch Begegnung. Auch hier versuche ich besonders bei Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Prozessen anzusetzen. Das heißt,

Orte und Projekte zu fördern, die Dialog und Verständigung fördern. In Berlin haben wir eine wunderbare Projektlandschaft, auf die wir viel stolzer sein sollten!

Frontalangriff auf Arbeitsrechte und Sozialleistungen von Bundesebene. Welche Vorschläge haben Sie zum Schutz der Menschen?

Ich sehe die Sozialstaatsdebatte im Bund sehr kritisch. Arbeitnehmende in Deutschland arbeiten bereits genug, eine Aufweichung von Errungenschaften im Arbeitsschutz oder bei der Gesundheitsversorgung sind für mich ein No-Go! Gleiches gilt für kurzfristige Sparpläne bei der Jugendhilfe oder bei Menschen mit Behinderung.

Ich mahne stattdessen einen Blick auf die Einnahmen-Seite an: Wenn Superreiche in diesem Land ihren gerechten Anteil zahlen würden, müssten wir schwächere Gruppen nicht gegeneinander ausspielen.

Zum Abschluss: Was treibt Sie tagtäglich an, sich für die vielfältigen Themen Ihrer Senatsverwaltung einzubringen?

Mich inspirieren die Berlinerinnen und Berliner, die ich täglich bei meiner Arbeit treffen darf: Ihr unermüdlicher Einsatz für gute Arbeit, für soziale Infrastruktur, für Rechte von Frauen, für kulturelle Verständigung und für Austausch statt gesellschaftlicher Spaltung. Für dieses Berlin kämpfe ich.

ZUR PERSON: CANSEL KIZILTEPE

Frau Senatorin, stellen Sie sich bitte kurz vor:

Ich heiße Cansel – weiches C und scharfes S! Ich bin 50 Jahre alt und aufgewachsen im Wrangelkiez in Berlin-Kreuzberg. Ich habe Volkswirtschaftslehre an der TU Berlin studiert und durfte von 2013 bis 2023 den Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg/Prenzlauer Berg Ost im Bundestag vertreten. Seit 2023 bin ich Senatorin in Berlin. Ehrenamtlich bin ich außerdem noch Bundesvorsitzende des Arbeitnehmer-Flügels der SPD – die AfA.

Welche ehrenamtlichen Mitgliedschaften pflegen Sie?

Neben meinen Ämtern in der Partei bin ich überzeugtes Gewerkschaftsmitglied. Außerdem habe ich Mitgliedschaften zum Beispiel bei der Arbeiterwohlfahrt und dem Berliner Mieterverein.

Lieblingessen: Sauerbraten.

Lieblingssfilm: Das Leben des Brian.

Lieblingsort in Berlin: Mein Lieblingsort ist die Oberbaumbrücke. Eine wunderschöne Brücke mit einer besonderen Geschichte: ehemalige Grenze, heute Verbindung zwischen Ost und West. Und eine wichtige Verkehrsachse in meinem Alltag.

Welchen Hobbies gehen Sie nach, um fit für den Alltag einer Senatorin zu sein?

Leider bleibt im Arbeitsalltag als Senatorin nicht viel Zeit für echte Hobbies. Ich verbringe die Wochenenden aber gerne mit meiner Familie, zum Beispiel am Wasser oder auf dem Fahrrad.

Beschreiben Sie unseren Leserinnen und Lesern einmal einen typischen Tag einer Senatorin in Berlin.

Der Tag beginnt spätestens um 8 Uhr mit ersten Briefings und internen Gesprächen mit meinem Team. Dienstagsvormittags tagt der Senat im Roten Rathaus, Donnerstag sind Ausschuss- und Plenarsitzungen im Berliner Abgeordnetenhaus. Drum herum jonglieren wir viele Termine mit Organisationen und Trägern, mit Abgeordneten, bei Veranstaltungen und Fachkonferenzen oder mit der Presse. Leider bin ich oft erst spät am Abend wieder zuhause.



Arbeits- und Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe im Gespräch mit dem Abgeordneten Florian Dörstelmann. Foto: Redaktion

Berlin stärkt die Ausbildung von morgen

Die Ausbildungsplatzumlage schafft mehr Ausbildungsplätze und stärkt Betriebe sowie die Zukunftschancen junger Menschen.

Mit der Einführung der Ausbildungsplatzumlage setzt Berlin ein zentrales sozialdemokratisches Vorhaben zur Stärkung der beruflichen Ausbildung um. Das Berliner Abgeordnetenhaus hat das Gesetz am 26. März 2026 beschlossen. Ziel ist es, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, jungen Menschen bessere Zukunftsperspektiven zu eröffnen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Die Herausforderungen auf dem Berliner Ausbildungsmarkt sind erheblich: Jedes Jahr suchen Tausende Jugendliche einen Ausbildungsplatz, während gleichzeitig zahlreiche Stellen unbesetzt bleiben. Besonders problematisch ist, dass derzeit nur rund jeder zehnte Berliner Betrieb ausbildet. Mit einer Ausbildungsquote von 3,1 Prozent liegt Berlin deutlich unter

dem Bundesdurchschnitt von 4,6 Prozent.

Die Ausbildungsplatzumlage basiert auf dem Solidaritätsprinzip. Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten, die nicht oder unterdurchschnittlich ausbilden, beteiligen sich künftig an einem gemeinsamen Fonds. Kleine Betriebe mit bis zu zehn Mitarbeitenden bleiben von der Umlage ausgenommen.

Die Mittel kommen vor allem kleinen und mittleren Unternehmen zugute, die zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen möchten. Gerade diese Betriebe verfügen häufig nicht über die finanziellen Möglichkeiten, um auszubilden, obwohl sie dazu bereit wären. Die Umlage sorgt damit für eine gerechtere Verteilung der Ausbildungskosten und stärkt Unter-

nehmen, die Verantwortung für die Fachkräfte von morgen übernehmen.

Ein besonderer Vorteil des Berliner Modells sind die finanziellen Anreize zur Ausweitung der Ausbildungsleistung. Ausbildungsplätze, die über die aktuelle Berliner Ausbildungsquote hinausgehen, können vollständig



Grafik: Redaktion

aus dem Fonds finanziert werden. Gleichzeitig ist die Förderung an faire Arbeitsbedingungen gebunden: Unterstützt werden nur Betriebe, die tarifliche oder branchenübliche Ausbildungsvergütungen zahlen.

Nach Berechnungen des Senats könnten bei Erreichen des Bundesdurchschnitts mehr als 25.000 zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen. Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur wirtschaftlichen Zukunft Berlins.

Die Berliner SPD hat sich lange für die Einführung der Ausbildungsplatzumlage eingesetzt. Für sie ist klar: Von gut ausgebildeten Fachkräften profitiert die gesamte Wirtschaft. Deshalb sollen sich auch Unternehmen stärker beteiligen, die bislang kaum oder gar

nicht ausbilden.

Arbeitssenatorin Cansel Kiziltepe betont, dass die Umlage vorbildliche Ausbildungsbetriebe stärkt, kleine Unternehmen schützt und größere Betriebe stärker in die Verantwortung nimmt. Langfristig profitieren alle von ausreichend qualifizierten Fachkräften.

Die Ausbildungsplatzumlage ist Teil einer umfassenderen Strategie zur Stärkung der beruflichen Bildung. Ergänzend plant der Senat die Gründung eines Azubiwerks, das unter anderem bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende schaffen soll.

Mit der Ausbildungsplatzumlage setzt Berlin ein klares Zeichen für Chancengerechtigkeit, Fachkräftesicherung und eine starke duale Ausbildung.

WAHLKREIS 6

ALT-WILMERSDORF



1 Ludwigkirch-
platz



2 Fasanenplatz



3 Prager Platz



4 Schoeler-
Schlösschen



5 Volkspark
Wilmersdorf



6 Bundesplatz

Grafik: OpenStreetMap/Redaktion
Fotos: Vincent Rautmann, Maurice Thaligs-
mann

WAHLKREIS 7

WILMERSDORF SÜD UND SCHMARGENDORF



Bürgerbüro Florian Dörstelmann

Bürgerbüro „Alte Apotheke“
Rüdesheimer Platz 7
14197 Berlin

Büro-Öffnungszeiten
Montag: 10 - 17 Uhr
Dienstag: 10 - 17 Uhr
Mittwoch: 10 - 17 Uhr
Donnerstag: 10 - 17 Uhr
Freitag: 10 - 14 Uhr

E-Mail:
info@florian-doerstelmann.de

Website:
florian-doerstelmann.de

Instagram:
florian_doerstelmann

Telefon:
0177/8196272

Aktuelle Nachrichten und Termine entnehmen sich bitte der Website.

Ab sofort finden die Sprechstunden mit Florian Dörstelmann regelmäßig im Monat statt. Damit reagiert Florian Dörstelmann auf das steigende Interesse und den Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach mehr Möglichkeiten zum direkten Austausch.

In den Sprechstunden haben Interessierte die Gelegenheit, persönliche Anliegen, Fragen, Anregungen oder auch Kritik direkt anzusprechen.

Sprechstunden-Termine:

Mi, 08.07.2026, 16:00 - 17:00 Uhr
Mi, 15.07.2026, 17:00 - 18:00 Uhr
Mi, 22.07.2026, 17:00 - 18:00 Uhr
Mi, 29.07.2026, 17:00 - 18:00 Uhr

Um vorherige Anmeldung mit Angabe des Anliegens wird gebeten. Dann meldet sich das Büroteam mit einem Terminvorschlag.

Künstlerkolonie

Was den Kiez seit ca. 100 Jahren besonders macht

Als Ende der 1920er Jahre in Berlin die Wohnungsnot groß war, entstand in Wilmersdorf ein Projekt, das bis heute einzigartig ist: die Künstlerkolonie. Rund um den damaligen Laubenheimer Platz, den heutigen Ludwig-Barnay-Platz, ließen die Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger und der Schutzverband deutscher Schriftsteller ab 1927 Wohnungen für Menschen schaffen, die von ihrer Kunst lebten – oder oft eher schlecht als recht davon leben konnten.

Die Idee war ebenso sozial wie kulturell. Schauspieler, Schriftsteller, Journalisten, Sänger und andere Kreative sollten bezahlbaren Wohnraum erhalten und zugleich in einer Nachbarschaft leben können, die Austausch, Zu-

Proben- und Veranstaltungsräumen. Zwar wurde dieses Vorhaben nie vollständig verwirklicht, doch der Gedanke eines kreativen Miteinanders prägte den Kiez von Anfang an.

Schon wenige Jahre nach der Gründung galt die Siedlung als kultureller Hotspot. Rund 300 Künstler lebten hier, darunter später bekannte Namen wie Ernst Busch, Johannes R. Becher, Ernst Bloch oder Arthur Koestler. Viele Bewohner vertraten fortschrittliche linke und demokratische Positionen. Deshalb wurde die Künstlerkolonie in der Weimarer Republik auch als „Roter Block“ bekannt.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten endete diese Blütezeit abrupt. Am 15. März



Die Läden der Künstlerkolonie 2026. Foto: Jürgen Jänen

sammenarbeit und Gemeinschaft förderte. Damit unterschied sich die Siedlung deutlich von den engen Mietskasernen, die das Berliner Stadtbild vielerorts prägten. Die Architekten Ernst und Günther Paulus planten vier- bis fünfgeschossige Wohnblöcke mit großzügigen Innenhöfen, viel Licht, Luft und Grün. Die rot verlinkerten Gebäude mit ihren expressionistischen Details fügten sich in das Konzept der Gartenstadt am Südwestkorso ein.

Besonders war jedoch nicht nur die Architektur. Die Künstlerkolonie wurde als soziales Netzwerk lange vor dem digitalen Zeitalter gedacht. Die Bewohner lebten Tür an Tür, tauschten Ideen aus, diskutierten Politik, Kunst und Literatur. Geplant war sogar ein großes Kommunikationszentrum mit

1933 stürmten SA und Polizei die Siedlung bei einer Großrazzia. Zahlreiche Bewohner wurden verfolgt, verhaftet oder ins Exil gezwungen. Die Künstlerkolonie wurde zu einem Symbol für die Zerstörung eines freien kulturellen Milieus.

Dass der Kiez dennoch überdauerte, macht seine besondere Bedeutung aus. Viele Vertriebene kehrten nach dem Krieg zurück, die Geschichte wurde aufgearbeitet und die Anlage unter Denkmalschutz gestellt. Bis heute erinnert die Künstlerkolonie an die Vision, Kultur, bezahlbares Wohnen und Gemeinschaft vor Ort zu verbinden. Diese Verbindung macht ihren Charakter auch ein Jahrhundert nach ihrer Entstehung unverwechselbar. Bis heute wirkt dieser Geist im Viertel weiter.

Dauerbaustelle Schlangenbader Tunnel

Die Bagger stehen still, die Staus bleiben – und der Senat hat keinen Fahrplan

Wer in diesen Tagen durch den Wilmersdorfer Süden fährt, braucht Geduld. Viel Geduld. Sehr viel Geduld. Seit der baubedingten Notsperrung des Tunnels Schlangenbader Straße – der ehemaligen Autobahn A104 – quält sich der Durchgangsverkehr durch die engen Wohngebiete des Rheingauviertels. Was von der Senatsverwaltung für Verkehr einst als ambitioniertes, aber machbares Sanierungsprojekt angekündigt wurde, droht nun zu einer unendlichen Geschichte zu werden. Eine aktuelle Schriftliche Anfrage des SPD-Abgeordneten Florian Dörstelmann (*Drucksache 19/26151*) vom Juni 2026 zeigt, dass im Verkehrssenat Stillstand herrscht und das offizielle Wiedereröffnungsziel für das Jahr 2028 nicht mehr zu halten ist.

Vergabeverfahren komplett blockiert

Noch Ende des vergangenen Jahres gab die Senatsverwaltung optimistisch an, dass die Hauptbauarbeiten zur Grundinstandsetzung im zweiten Quartal 2026 beginnen sollen. Für das erste Quartal 2026 waren die Neuausschreibungen für die Entkernung und die hochkomplexe Schadstoffsanierung fest eingeplant.

Doch die Realität im Sommer 2026 sieht völlig anders aus. Die Ausschreibungen konnten bis heute nicht einmal veröffentlicht werden. Als Grund nennt der Senat einen „erheblich erhöhten Abstimmungs-, Koordinierungs- und Planungsaufwand“. Die gesamte Vergabestruktur musste wegen technischer und verkehrlicher Abhängigkeiten fundamental überarbeitet und in noch kleinere Lose aufgeteilt werden. Hinzu kamen langwierige vergaberechtliche Nachprüfungsverfahren und juristische Auseinandersetzungen vor dem Kammergericht, die den gesamten Ablauf wie Dominosteine ins Wanken brachten. Dies hat zur Konsequenz, dass mit einer Vergabe nun frühestens Ende 2026 gerechnet wird – zu einem Zeitpunkt, an dem eigentlich schon die Bagger rollen sollten!

Der Senat zieht die Reißleine beim Zeitplan

Diese monatelange Verzögerung hat fatale Folgen für das Gesamtprojekt. Die Verwaltung nannte in den vorherigen Anfragen stets einen Termin zur Inbetriebnahme im Jahr 2028. Damit



Der Schlangenbader Tunnel ist derzeit gesperrt. Foto: Redaktion

ist es nun vorbei. Auf die explizite Frage, ob am Zieljahr 2028 festgehalten wird, verweigert der Senat eine klare Zusage. Stattdessen zieht man sich auf unkonkrete Aussagen zurück, indem man erst einen Zeit- und Maßnahmenplan aufstellen kann, wenn die Verträge mit den ausführenden Baufirmen unterzeichnet sind. Das Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger steht auf tönernen Füßen.

Zwar beziffert der Senat die Gesamtkosten weiterhin mit den bekannten rund 42,555 Millionen Euro. Zudem wurde mitgeteilt, dass in dieser Summe Fördermittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) vom Bund in Höhe von 9,360 Millionen Euro stecken. Gleichzeitig räumt die Verwaltung ein, dass angesichts der Marktlage erhebliche „baupreisbedingte Steigerungen zu erwarten“ sind.

Belastungsprobe für Anwohnende

Während in der Verkehrsverwaltung in Schrittgeschwindigkeit neue Vergabeverfahren aufgesetzt werden, tragen die Anwohnenden im Wilmersdorfer Süden die Hauptlast. Die Verkehrsdaten zeigen eine dauerhafte Mehrbelastung der umliegenden Straßen. Auf der Umleitungsstrecke auf der Schlangenbader Straße und dem Kreuzungsbereich zur Dillenburgstraße, wurden zwischen Januar 2022 und Februar 2025 insgesamt 40 polizeilich registrierte

Verkehrsunfälle erfasst.

Trotz dieser Zahlen und des täglichen Staus vor der Haustür gibt es für die Bürger keine Entlastung. Zusätzliche verkehrslenkende oder verkehrsberuhigende Maßnahmen im Kiez seien laut dem Senat „derzeit nicht vorgesehen“. Man verweist stattdessen auf laufende verkehrstechnische Untersuchungen, deren Auswertung noch andauere. Auch bei der maroden Ausfahrtsrampe zur Dillenburgstraße kommt man kaum voran – hier befindet sich die Verwaltung laut jüngstem Statusbericht immer noch in der „bauherrenseitigen Grundlagentermittlung“.

Für den Abgeordneten Florian Dörstelmann bestätigen die neuen Erkenntnisse die schlimmsten Befürchtungen: „Die neuen Antworten der CDU-Verkehrssenatorin Bonde bestätigen meine Befürchtung, dass die Sanierung des Schlangenbader Tunnels in eine gefährliche Schieflage geraten ist. Nach Jahren der Planung steht das Projekt heute faktisch wieder am Anfang“, so Dörstelmann. „Die Menschen im Rheingauviertel tragen Tag für Tag die Folgen der Tunnelsperrung, während die Verwaltung keinen belastbaren Zeitplan mehr vorlegen kann. Wer das Zieljahr 2028 nicht einmal mehr bestätigen will, muss den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einschenken, wie groß die Probleme inzwischen tatsächlich sind.“

Räuberspielplatz wieder offen

Mit neuem Glanz und bewährtem Konzept zurück für die junge Generation

Nach umfangreichen Renovierungsarbeiten ist der traditionsreiche Räuberspielplatz an der Sodener Straße 29 in Wilmersdorf wieder eröffnet worden. Der Abschluss der Sanierung wurde Anfang Juni mit einem kleinen Fest gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen, Familien sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Nachbarschaft gefeiert. Seit mehr als 50 Jahren bietet die Einrichtung Kindern und Jugendlichen einen geschützten Raum für Spiel, Begegnung und betreute Freizeitangebote. Betrieben wird die Anlage als Teil des Kinder- und Jugendzentrums Mosse von der Deutschen Schreiberjugend mit Unter-

stützung des Bezirksamts.

Im Rahmen der Sanierung wurden verschiedene Bereiche der Anlage modernisiert und aufgewertet, um den Bedürfnissen der jungen Besucherinnen und Besucher auch künftig gerecht zu werden. Ziel war es, die Auf-

enthaltsqualität zu verbessern und zugleich einen sicheren und attraktiven Ort für Freizeit, Bewegung und gemeinschaftliche Aktivitäten zu schaffen.

„Ich freue mich sehr, dass der Räuberspielplatz wieder seine Türen öffnen kann. Jugendzentren und betreute Freizeitangebote sind gerade in unseren Kiezen unverzichtbare Orte für Gemeinschaft, Teilhabe und Entwicklung junger Menschen“, betonte Florian Dörstelmann im Gespräch mit Besucherinnen und Besuchern der Veranstaltung. Er hob hervor, wie wichtig solche Einrichtungen für das soziale Miteinander und die Förderung junger Menschen im Bezirk sind.



Florian Dörstelmann mit weiteren Vertretern der Politik bei der Eröffnung des Räuberspielplatzes Foto: Redaktion

Antikmarkt und Weinbrunnen

Mit Florian Dörstelmann und Steffen Krach

Der erste Antikmarkt in der Landauer Straße am Rüdesheimer Platz für 2026 war wieder ein voller Erfolg. Mitte Mai lockte das beliebte Fest zahlreiche Besucherinnen und Besucher nach Wilmersdorf. Mehr als 30 Aussteller:innen präsentierten Antiquitäten, Kunsthandwerk und besondere Schätze und sorgten gemeinsam mit vielen Gästen für eine lebendige und entspannte Atmosphäre.

Mitten im Geschehen war Florian Dörstelmann, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, unter dem Motto #FürSieDa vor Ort. An seinem Stand kam er mit vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch, führte spannende Diskussionen über aktuelle politische Themen und freute sich über zahlreiche persönliche Begegnungen. Besonders beliebt waren dabei die selbstgebackenen Cookies, die Dörstelmann an die Besucher:innen verteilte und die großen Anklang fanden.

„Der direkte Austausch mit den Menschen aus dem Kiez ist mir besonders wichtig. Deshalb freue ich mich immer sehr über Veranstaltungen wie den Antikmarkt, bei denen man unkompliziert miteinander ins Gespräch kommt“, so Dörstelmann. Die gute Stimmung

und die vielen positiven Rückmeldungen hätten erneut gezeigt, wie wichtig solche nachbarschaftlichen Feste für das Miteinander im Bezirk seien. Dörstelmann freut sich bereits auf die zweite Ausgabe des Antikmarkts im September.

Ein besonderes Highlight war der Besuch des Spitzenkandidaten Steffen Krach. Gemeinsam mit Florian Dörstelmann machte er einen Rundgang über den Antikmarkt, verteilte selbstgepresste Shots an die Besucher:innen und nahm sich viel Zeit für persönliche Gespräche. Die beiden nutzten die Gelegenheit, um mit zahlreichen Menschen aus dem Kiez über ihre Anliegen, Wünsche und Ideen für die Zukunft des Bezirks ins Gespräch zu kommen.

Im Anschluss besuchten Florian Dörstelmann und Steffen Krach gemeinsam mit der Bezirksbürgermeister-Kandidatin und Stadträtin Heike Schmitt-Schmelz die feierliche Eröffnung des diesjährigen Weinbrunnens am Rüdesheimer Platz. Auch dort herrschte beste Stimmung und der Abend klang bei guten Gesprächen und sommerlicher Atmosphäre aus.



Florian Dörstelmann und Steffen Krach beim Weinbrunnen.
Foto: Redaktion

Radwege in Wilmersdorf

Ca. 10,6 Mio. Euro für den Radverkehr wurden bisher nicht abgerufen

Der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur in Charlottenburg-Wilmersdorf kommt voran, doch bei der Umsetzung und Nutzung bereitgestellter Mittel besteht weiter Verbesserungspotenzial. Das geht aus einer Anfrage des Abgeordneten Florian Dörstelmann an den Senat hervor.

Mehrere größere Maßnahmen befinden sich in Planung oder Umsetzung. Auf dem Hohenzollerndamm zwischen Fehrbelliner Platz und Sächsischer Straße wird ein baulich getrennter Radweg eingerichtet. Vorgesehen sind geschützte Radfahrstreifen, eine neue Lichtsignalanlage, Querungshilfen und farblich hervorgehobene Radwege. Die Bauarbeiten begannen 2025 und sollen im dritten Quartal 2026 abgeschlossen werden.

Ein weiteres Projekt betrifft die Detmolder Straße. Zwischen Mecklenburgischer Straße und Aachener Straße soll ein Zweirichtungsradschwergeweg entstehen. Der Baustart ist für das zweite Quartal 2026 geplant, die Fertigstellung bis Ende des Jahres. Zudem soll die Barstraße 2027 vollständig zur Fahrradstraße werden.

Seit 2021 wurden im Bezirk 18

Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs abgeschlossen. Die Projekte umfassen rund 8,3 Kilometer und wurden vom Bezirk sowie von infraVelo umgesetzt.

Nicht alle Vorhaben konnten realisiert werden. Die geplante Erneuerung des Radfahrstreifens am Südwestkorso wurde wegen des Umbaus des Breitenbachplatzes gestoppt. Auch ein geplanter getrennter Geh- und Radweg zwischen Friedrichshaller und Warnemünder Straße wurde nicht umgesetzt. Gründe waren unter anderem Bedenken der Polizei zur Verkehrsführung.

Für den Ausbau des Radverkehrs standen seit 2021 verschiedene Finanzierungsquellen bereit, darunter Haushaltsmittel, Sonderprogramme und das Sondervermögen „Infrastruktur der Wachsenden Stadt“ (SIWA IV). Seit 2022 wird SIWA IV gezielt für Radverkehrsprojekte eingesetzt.

Auffällig ist jedoch, dass zwischen 2022 und 2025 rund 10,6 Millionen Euro an bereitgestellten Mitteln nicht abgerufen wurden. Darin enthalten sind etwa 1,2 Millionen Euro aus SIWA IV.

Dörstelmann sieht darin ein Zeichen, dass ausreichend Mittel für den Radwegeausbau bereitstehen. Nun müsse der Bezirk die Gelder konsequent abrufen und einsetzen.

Abschließend ruft er die Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung auf und fragt, welche Radwege in Charlottenburg-Wilmersdorf priorität verbessert werden sollten.



Grafik: Redaktion

Blumenmeer am Rüdi

“Rüdi Blüht“: Sommerstart am Rüdesheimer Platz

Bei strahlendem Sonnenschein und frühlingshaften Temperaturen lockte die Veranstaltung „Rüdi Blüht“ am vergangenen Samstag zahlreiche Besucherinnen und Besucher auf den Rüdesheimer Platz. Organisiert wurde die Aktion von mein Rüdi e.V., dem Verein der Kaffeeliebenden rund um den Platz. Auch Florian Dörstelmann war mit seinem Team vor Ort und begrüßte viele Gäste in seinem Bürgerbüro.

Im Mittelpunkt stand der direkte Austausch mit den Menschen aus dem Kiez. Zahlreiche Anwohnerinnen und Anwohner nutzten die Gelegenheit, Anliegen, Anregungen und Fragen in entspannter Atmosphäre vorzubringen. Die Gespräche zeigten erneut, welche Themen die Bürgerinnen und

Passend zum Motto wurden Blumensamen verteilt, die auf großes Interesse stießen. Für zusätzliche gute Stimmung sorgte frisches Popcorn, das besonders bei Familien und Kindern beliebt war.

Zu den Höhepunkten zählte ein gemeinsamer Rundgang von Florian Dörstelmann mit Steffen Krach, SPD-Spitzenkandidat für die anstehende Wahl, sowie Bezirksstadträtin Heike Schmitt-Schmelz rund um den Rüdesheimer Platz. Dabei kamen die Politiker mit zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch. Im Mittelpunkt standen aktuelle politische Themen und konkrete Anliegen aus dem Wohnumfeld.

Die Resonanz fiel durchweg positiv aus. Viele Gäste lobten die offene und einladende Atmosphäre.



Foto: Redaktion

Bürger vor Ort bewegen und wie wichtig der persönliche Dialog bleibt.

Foto: SPD Berlin/Anne Hüfner

SIE HABEN EIN ANLIEGEN?

WIR KÜMMERN UNS!

DR. ANN-KATHRIN BIEWENER

IHRE KANDIDATIN FÜR ALT-WILMERSDORF

Foto: SPD Berlin/Anne Hüfner

FLORIAN DÖRSTELMANN

IHR ABGEORDNETER FÜR WILMERSDORF SÜD UND SCHMARGENDORF

Volkspark Wilmersdorf

Der Volkspark Wilmersdorf ist für viele Menschen im Kiez weit mehr als nur eine Grünanlage. Hier wird spaziert, gespielt, Sport gemacht oder einfach eine Pause vom Alltag eingelegt. Gerade für Familien, ältere Menschen und Jugendliche ist der Park einer der wichtigsten Orte in Alt-Wilmers-

schneller auf Verschmutzungen reagieren und die Aufenthaltsqualität verbessern zu können. Aktuell gibt es außerdem eine erfreuliche Entwicklung für viele sportbegeisterte Menschen im Kiez: Die Tennisplätze im Volkspark werden derzeit saniert und sollen bald wieder nutzbar sein.



Der Volkspark Wilmersdorf ist eine grüne Lunge der Stadt. Foto: Maurice Thaligsmann

dorf – und genau deshalb wird auch immer wieder über Sauberkeit, Sicherheit und Pflege diskutiert. Viele Anwohnerinnen und Anwohner fragen sich: Wer ist eigentlich für die Reinigung zuständig? Grundsätzlich liegt die Verantwortung für die Pflege der Grünanlagen beim Straßen- und Grünflächenamt des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf. Seit einiger Zeit unterstützt zusätzlich die Berliner Stadtreinigung (BSR) bei der Reinigung stark genutzter Grünanlagen – darunter auch im Volkspark Wilmersdorf. Ziel ist es,

Gerade solche Freizeitangebote machen den Volkspark zu einem wichtigen Ort für Begegnung, Bewegung und gemeinsames Leben im Kiez. Gleichzeitig bleibt klar: Müll, Unrat und insbesondere herumliegende Spritzen haben in unserem Park nichts zu suchen. Der Volkspark Wilmersdorf ist ein Ort für alle Generationen. Damit das so bleibt, braucht es Pflege, Investitionen und klare Regeln für den öffentlichen Raum. Denn ein sauberer und sicherer Park ist keine Nebensache – sondern ein wichtiger Teil von Lebensqualität im Kiez.

Leon-Jessel-Platz

Einladung zum Kiezfest am 13. September

Die Kiezinitiative am Leon-Jessel-Platz lädt am 12. September von 13 bis 17 Uhr herzlich zu ihrem traditionellen Geburtstagsfest ein. Rund um den Leon-Jessel-Kiez erwartet die Besucherinnen und Besucher ein buntes Programm mit vielen Aktionen, Begegnungen und Möglichkeiten, den Kiez gemeinsam zu erleben. Das Fest hat sich in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Treffpunkt für Nachbarinnen und Nachbarn entwickelt und zeigt, wie lebendig und engagiert

der Kiez rund um den Leon-Jessel-Platz ist. Auch die SPD wird mit Ann-Kathrin Biewener und Florian Dörstelmann vor Ort vertreten sein. Neben Gesprächen und Austausch mit den Menschen aus dem Kiez steht vor allem das gemeinsame Feiern der Nachbarschaft und des lokalen Engagements im Mittelpunkt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen vorbeizukommen und einen schönen Nachmittag im Kiez zu verbringen.

Verantwortung für den Kiez!

Für Ann-Kathrin Biewener sind Sauberkeit und Sicherheit eins

Sauberkeit und Sicherheit im Kiez sind kein Luxusgut – sie gehören zu einer funktionierenden Stadt und zu einem guten Alltag für alle Menschen dazu. Jeder Mensch soll sich auf dem Weg zur Arbeit, auf dem Spielplatz, im Park oder abends auf dem Nachhauseweg sicher fühlen können. Genau das wünschen sich viele Menschen auch bei uns in Alt-Wilmersdorf. Dazu gehört aber auch, Probleme ehrlich anzusprechen. Die zunehmende Verwahrlosung öffentlicher Räume, Vermüllung oder offen sichtbarer Drogenkonsum belasten viele Anwohnerinnen und Anwohner. Gerade Familien, ältere Menschen und Kinder erleben dadurch, dass öffentliche Plätze teilweise nicht mehr so nutzbar sind, wie sie es sein sollten. Für Ann-Kathrin Biewener ist klar: Verelendung darf kein Dauerzustand auf unseren Straßen sein. Menschen ohne Wohnung oder mit Suchterkrankungen brauchen Hilfe, Schutz und echte Perspektiven – aber nicht das Leben auf der Straße. „Ich bin fest davon überzeugt, dass Obdachlo-



Ann-Kathrin Biewener setzt sich für saubere und sichere Kieze ein. Foto: Oliver Wagner

sigkeit in einer reichen Stadt wie Berlin nicht einfach hingenommen werden darf“, so Biewener. Zum Glück gibt es bereits engagierte Einrichtungen und Projekte in unserem Kiez, die wichtige Arbeit leisten – etwa die Wärmestube am Bundesplatz. Dort erhalten Menschen Unterstützung, Essen, Wärme und einen geschützten Ort. Dieses Engagement zeigt, wie wichtig soziale Infrastruktur und menschliche Hilfe vor Ort sind. Gleichzeitig brauchen wir deutlich mehr soziale Einrichtungen, niedrigschwellige Hilfsangebote und vor allem 24/7-Angebote, in denen Menschen Unterstützung, medizinische Versorgung und langfristige Perspektiven bekommen können. Menschen mit Suchterkrankungen oder ohne Wohnung gehören nicht sich selbst überlassen auf die Straße, sondern in Einrichtungen, die ihnen helfen und ihnen wieder Stabilität ermöglichen. Öffentliche Räume müssen wieder stärker Orte für alle sein: sauber, sicher und nutzbar. Sozialdemokratische Politik bedeutet für mich deshalb beides zusammenzudenken – soziale Hilfe und Ordnung im öffentlichen Raum. Wer Hilfe braucht, muss sie bekommen. Und gleichzeitig müssen Parks, Spielplätze und Straßen Orte bleiben, an denen sich Menschen gerne aufhalten können. Ein lebenswerter Kiez braucht Menschlichkeit, klare Regeln und den politischen Willen, Probleme nicht zu verdrängen, sondern wirklich zu lösen.

Bundesplatz neu denken

Mehr Lebensqualität, mehr Grün und mehr Raum für Menschen

Der Bundesplatz ist für viele Menschen in Wilmersdorf weit mehr als nur ein Verkehrsknotenpunkt. Er verbindet Kieze, ist täglicher Weg zur Arbeit, Treffpunkt und gleichzeitig einer der Orte, an denen besonders deutlich wird, wie sehr Verkehr unsere Lebensqualität beeinflusst. Lärm, Abgase und die starke Zerschneidung des Platzes belasten viele Anwohnerinnen und Anwohner seit Jahren. Gleichzeitig steckt im Bundesplatz enormes Potenzial: mehr Grün, mehr Aufenthaltsqualität und mehr Raum für Menschen statt nur für Verkehr. Deshalb unterstützen wir die Ideen und Konzepte der Bundesplatz-Initiative ausdrücklich. Ihr Ziel, den Platz langfristig lebenswerter, sicherer und klimaf-



Foto: Maurice Thaligsmann
reundlicher zu gestalten, verdient Unterstützung. Gerade die Dis-

kussion um eine mögliche Überdeckung der Stadtautobahn zeigt, welche Chancen entstehen könnten: neue Grünflächen, bessere Verbindungen zwischen den Kiezen und deutlich mehr Lebensqualität mitten in der Stadt. Für uns ist klar: Stadtentwicklung muss sich daran orientieren, wie Menschen leben wollen – nicht nur daran, wie Verkehr fließt. Der Bundesplatz kann in Zukunft mehr sein als ein Ort, den man möglichst schnell überquert. Er kann ein echter Begegnungsort im Kiez werden. Damit das gelingt, braucht es Mut zur Veränderung, langfristige Planung und eine Politik, die die Anliegen der Menschen vor Ort ernst nimmt. Genau dafür wollen wir uns einsetzen.

Ob Fragen zu politischen Entscheidungen, (fehlende) Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, defekte Straßenlaternen oder Ideen zur Verschönerung Ihres Kiezes - jedes Anliegen, jede Frage, jede Idee zählt!

Wir vereinbaren gerne einen Termin, kommen mit Ihnen ins Gespräch und kümmern uns um Ihr Anliegen!

Herzliche Grüße

Ann-Kathrin Biewener

✉ Info@biewener.berlin

Florian Dörstelmann

✉ info@florian-doerstelmann.de

NAME:

MAIL/TEL:

IHR ANLIEGEN:

Kinderfest

SPD-Fest am Nikolsburger Platz am 4. Juli

Die SPD lädt am Samstag, den 4. Juli, von 11 bis 15 Uhr herzlich zum Straßen- und Kinderfest auf den Nikolsburger Platz ein. Besucherinnen und Besucher erwartet ein abwechslungsreicher Nachmittag für Groß und Klein – mit Mitmachaktionen, Gewinnspielen, Gesprächen und vielen Gelegenheiten, miteinander ins Gespräch zu kommen. Im Mittelpunkt steht der Austausch mit den Menschen aus dem Kiez: Welche Themen bewegen Alt-Wilmersdorf? Was läuft gut – und was muss besser werden? In lockerer Atmosphäre möchten die SPD-Kandidierenden und Engagierten vor Ort zuhören, diskutieren und gemeinsam Ideen für den Kiez entwickeln. Besonders Familien und Kinder dürfen sich auf ein buntes Programm freuen. Neben

verschiedenen Spiel- und Kreativangeboten wird es kleine Überraschungen und Mitmachformate geben. Auch politische Talks und Gespräche zu aktuellen Themen aus dem Kiez und aus Berlin sind geplant. Alle Nachbarinnen und Nachbarn sind herzlich eingeladen vorbeizukommen – zum Mitmachen, Austauschen oder einfach für einen schönen Nachmittag im Kiez.



Wohnen darf kein Luxus sein

Bezahlbares Wohnen ist längst zu einer der größten sozialen Fragen in Berlin geworden – auch in Alt-Wilmersdorf. Viele Menschen machen sich Sorgen, ob sie sich ihre Wohnung oder ihren Kiez in Zukunft noch leisten können. Familien, ältere Menschen, Studierende oder Alleinerziehende ste-

aus ihrem gewohnten Umfeld verdrängt zu werden. Dabei lebt ein Kiez gerade davon, dass Menschen bleiben können – Familien, ältere Nachbarinnen und Nachbarn, Studierende oder Menschen mit kleinerem Einkommen. Die SPD setzt sich deshalb für einen starken Mieterschutz ein.



Wohnen in Wilmersdorf darf kein Luxus sein. Foto: Jürgen Jänen

hen zunehmend unter Druck. Auch Ann-Kathrin Biewener kennt diese Situation aus eigener Erfahrung. Sie wurde selbst zweimal aus ihrer Wohnung verdrängt – zunächst als Studentin und später noch einmal mit ihrer Familie und zwei kleinen Kindern. Beide Male geschah dies völlig ungewollt. Besonders der zweite Umzug kam sehr kurzfristig und war mit erheblichem Stress verbunden. Eine bezahlbare Wohnung für eine vierköpfige Familie in Berlin zu finden, ist inzwischen nahezu unmöglich – erst recht im eigenen Kiez, wenn man nicht gerade einen Lottogewinn hat. Viele Menschen erleben genau das: steigende Mieten, Eigenbedarfskündigungen oder die Angst,

Dazu gehören Milieuschutzgebiete, ein konsequentes Vorgehen gegen Mietwucher, der Ausbau landeseigener Wohnungen und mehr bezahlbarer Wohnraum. Gleichzeitig müssen Genehmigungen schneller werden und neuer Wohnraum entstehen – sozial, bezahlbar und mit Augenmaß. Ann-Kathrin Biewener und die SPD verfolgen das Ziel, die soziale Mischung in den Kiezen zu erhalten. Wilmersdorf darf nicht nur für wenige bezahlbar sein. Menschen sollen dort leben bleiben können, wo ihr Zuhause, ihre Nachbarschaft und ihr Alltag sind. Wohnen ist keine Luxusfrage. Wohnen ist Teil der sozialen Sicherheit – und Voraussetzung für ein gutes Leben in unserer Stadt.

Gut älter werden in Berlin

Neue gesetzliche Ansprüche, mehr Unterstützung im Alltag und eine starke Seniorenvertretung: Berlin setzt bundesweit Maßstäbe in der Altenpolitik.

Im Mai hat das Abgeordnetenhaus das Altenhilfestrukturengesetz beschlossen – und das hat es in sich. Berlin ist damit das erste Bundesland, das die Altenhilfe gesetzlich regelt. Ganz wichtig: So wird erstmals auch ein Anspruch auf Altenhilfeleistungen im Gesetz verankert. Die SPD hat lange dafür gekämpft, denn mit dem Gesetz soll endlich etwas gegen Einsamkeit, Armut und Stillstand im Alter getan werden. Ältere Menschen sollen gezielt befähigt werden, sich real und digital stärker am gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können. Dafür werden gut erreichbare Begegnungsorte, Beratungsstellen, Möglichkeiten zum Engagement und Informationsangebote gezielt ausgebaut. Und: mehr Unterstützung bei digitalen Abläufen hilft, den Anschluss nicht zu verlieren. Auch neue Leistungen wie die Übernahme eines Systems für den Hausnotruf oder die Kosten eines Umzugs gibt es in Zukunft vom Land – abhängig von Rente und Einkommen.

Der Senat wird verpflichtet, alle 10 Jahre eine Landesaltenhilfestrukturplanung aufzusetzen. Die Bezirke sollen sogar alle 5 Jahre eine auf den Bezirk zugeschnittene Planung entwerfen. Die Wirkung des Gesetzes wird regelmäßig evaluiert, um auf neue Bedarfe und Situationen reagieren zu können. Das Gesetz ist ein Paradebeispiel für das Zusammenspiel von bürgerschaftlicher Mitwirkung, parlamentarischem Innovationsgeist und Einbezug der Senatsverwaltung. Bereits im April 2023 hat die SPD-Fraktion ein Papier mit den wesentlichen Eckpunkten formuliert. Im neuen Koalitionsvertrag wurde dann endlich festgeschrieben, dass spätestens bis zum Ende der Legislatur ein entsprechendes Gesetz beschlossen werden soll. Damit verpflichtete sich auch die zunächst skeptische CDU zur Mitwirkung. Zwar stellte sich die CDU-geführte Senatsfinanzverwaltung weiter quer, aber die SPD-Fraktion konnte dennoch genug Unterstützung im Abgeord-

netenhaus mobilisieren, um das wichtige Vorhaben doch noch zu beschließen. Die Arbeitsgemeinschaft „60 plus“ der SPD Berlin begleitete den Gesetzgebungsprozess in engem Austausch mit der Fraktion. Dass die AfD gegen das Gesetz stimmte, kann wohl als Trotzreaktion gewertet werden, zeigt aber auch, wie wenig Wert sie tatsächlich auf die realen Bedürfnisse der alternden Bevölkerung legt. Linke und Grüne enthielten sich, da auch ihnen klar wurde: ein so wichtiges Gesetz aus ideologischen Gründen zu blockieren, geht in diesem Fall einfach zu weit. Bis zur vollständigen Umsetzung ist es aber noch ein weiter Weg. Vor und nach den Wahlen im September müssen die Bezirksämter unter Aufsicht der Bezirksverordnetenversammlungen an mehreren Stellen gleichzeitig aktiv werden. Der SPD-Kandidat Bent Paulsen hat sich zum Ziel genommen, hier genau hinzuschauen und die Bezirksverwaltung regelmäßig an ihre neue gesetzliche Pflicht zu erinnern. Neben dem Altenhilfestruk-

gesetz wird aktuell zudem das Seniorenmitwirkungsgesetz überarbeitet, das die Wahlen zu den bezirklichen Seniorenvertretungen regelt. Der Beschluss ist ebenfalls noch vor der Sommerpause geplant. Die Mitwirkung der ehrenamtlichen SeniorenvertreterInnen war hier von besonderer Bedeutung, denn nur so konnte identifiziert werden, was den Gremien wirklich fehlte, um in der Bezirks- und Landespolitik mitreden zu können. Jede bezirkliche Seniorenvertretung wird personell, finanziell und technisch besser ausgestattet und bekommt ein verbindliches Rederecht in den BVV-Ausschüssen. Der jeweilige Vorstand wird berlinweit einheitlich aufgebaut und auf Landesebene werden die bisherigen zwei Gremien in den Landesseniorenrat zusammengeführt. All das stärkt die Handlungsfähigkeit und Mitsprache der ehrenamtlichen Vertretung und damit auch die Rechte und politische Teilhabe von Seniorinnen und Senioren.



Bent Paulsen und Heike Schmitt Schmelz unterwegs am Rüdeshheimer Platz. Foto: Redaktion

Geschäftsstraßen - aber wie?

Lebendige Geschäftsstraßen sind ein wichtiger Teil unseres Kiezes. Sie schaffen Begegnung, kurze Wege und machen Nachbarschaft erlebbar. Orte wie die Berliner Straße zeigen dabei beispielhaft, vor welchen Herausforderungen viele Geschäftsstraßen in Berlin derzeit stehen: steigende Kosten, Leerstände, wachsender Onlinehandel und eine sinkende Aufenthaltsqualität setzen kleinen Geschäften und Gastronomiebetrieben zunehmend zu. Dabei sind gerade diese Orte entscheidend für ein lebendiges Wilmersdorf. Wo Menschen einkaufen, Kaffee trinken oder sich spontan begegnen, entsteht Kiezleben. Deshalb brauchen unsere Geschäftsstraßen mehr Aufmerksamkeit und gezielte Unterstützung. Dazu gehören saubere und attraktive öffentliche Räume, weniger Bürokratie für Gewerbetreibende, ein einheitliches und sinnvolles Sondernutzungskonzept und neue Ideen, wie öffentliche Plätze wieder stärker genutzt werden können – etwa durch Straßenfeste, Kulturangebote oder mehr Aufenthaltsqualität. Auch Plätze wie der Prager Platz oder der Bereich rund um den Bundesplatz bieten dafür großes Potenzi-

al. Gleichzeitig sollten bezirkliche Initiativen, Eigentümerinnen und Eigentümer sowie lokale Unternehmen enger zusammenarbeiten, um Leerstände schneller zu beleben und neue Nutzungen zu ermöglichen. So können Geschäftsstraßen wieder zu echten Anziehungspunkten für Anwohner und Besucher werden. „Als Leiterin der Wirtschaftsförderung weiß ich, wie wichtig starke lokale Betriebe für unsere Stadt sind“, so Ann-Kathrin Bie-

wener. Und weiter: „Sie schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze und tragen wesentlich dazu bei, unsere Kieze lebendig zu halten. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass Wilmersdorf auch in Zukunft ein Ort bleibt, an dem man gerne lebt, einkauft und sich begegnet. Denn starke Geschäftsstraßen sind nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor, sondern auch ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserem Bezirk.“



Geschäftsstraßen in Wilmersdorf sind wichtige Teile der Kieze. Foto: Jürgen Jänen

**Wir wünschen Ihnen
schöne und erholsame
Sommerferien!**



#FürSieDa



Heike Schmitt-Schmelz
Bezirksbürgermeisterkandidatin

Ann-Kathrin Biewener
Kandidatin für Wahlkreis 6

Florian Dörstelmann
Mitglied des Abgeordnetenhauses

